

Johano Strasser

Der ökologische Umbau – ein linkes Projekt

Dass die Frage nach sozialer Gerechtigkeit beim ökologischen Umbau zurücktreten müsse, wie etwa der Philosoph Vittorio Hösle noch vor einiger Zeit fabulierte, ist realitätsfern, denn ohne die Veränderung wirtschaftlicher Machtstrukturen wird man kaum voran kommen. Dabei sollte die Sozialdemokratie ihre Chance ergreifen.

Es gilt weithin als Gemeinplatz, dass das Thema Ökologie die herkömmliche Unterscheidung zwischen links und rechts in der Politik hinfällig gemacht habe.

Und wie die meisten Gemeinplätze ist auch dieser nicht ganz falsch. Ökologisch engagiert kann man auch als Konservativer sein, wenn einem beispielsweise als überzeugter Christ die Bewahrung der Schöpfung am Herzen liegt, und ob man sich gegen Atomkraft erklärt, ist eher eine Frage der Intelligenz und der konkreten Interessenverquickung denn eine der parteipolitischen Verortung. Umgekehrt finden wir unter den gewerkschaftlich organisierten, also im üblichen Verständnis *linken*, Arbeitern viele, die einem überholten Fortschrittsmodell anhängen und bei ökologischen Fragen nach wie vor besonders schwerhörig sind.

Dennoch lässt sich an wenigen Grundüberlegungen zeigen, dass der angesichts von Klimawandel und Rohstoffknappheit notwendige Umbau der Gesellschaft im Kern ein eher linkes Projekt ist, weil es ohne erhebliche steuernde Eingriffe in die Marktprozesse und ohne Umverteilung von Einkommen und Macht gar nicht zu bewältigen ist:

Während Reiche und Superreiche, die in Villenvierteln und *gated communities* wohnen und übers Wochenende in die letzten verbliebenen Inseln unberührter Natur jetten, sich noch für einige Zeit von



Johano Strasser

(* 1939) ist Politologin, Publizistin und Schriftstellerin sowie seit 2002 Präsidentin des PEN-Zentrums Deutschland.

Bei Langen/Müller erschien 2011: *Die schönste Zeit des Lebens*, im vorwärtsbuch Verlag; *Transformation 3.0* (zus. mit Michael Müller).

johano.strasser@t-online.de

der Zerstörung der Biosphäre freikaufen können, haben Normalverdiener diese Möglichkeit nicht. Sie sind darauf angewiesen, dass in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung das Wasser trinkbar und die Luft atembar bleibt, dass sich die Lärmbelastung in Grenzen hält, Parks und Naherholungsgebiete, ein funktionierendes öffentliches Verkehrssystem, öffentliche Kommunikationsräume und Einrichtungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen. Kommunalpolitische Initiativen, z.B. im Kontext der *sozialen Stadt*, wie sie in den letzten Jahren vor allem von Sozialdemokraten initiiert wurden, sind zugleich Beiträge zur ökologischen Reform. Auch wenn gelegentlich der Eindruck besteht oder mutwillig erweckt wird, als handele es sich bei den ökologischen Fragen um ein Steckenpferd verwöhnter Mittelschichten, so sind es doch vor allem die sogenannten »kleinen Leute«, die vom ökosozialen Umbau profitieren würden, weil ihre Lebensqualität ganz wesentlich von der Verfügbarkeit öffentlicher Güter abhängt.

Fortschritt für die SPD ist, Transparenz und Mitwirkung von den Piraten zu lernen und das mit sozialem Engagement zu verbinden. **#dasistsozi**

Fatale Aufholjagd des Statuskonsums

Schon der amerikanische Ökonom Fred Hirsch hatte in seinem 1975 erschienenen Buch über die *Sozialen Grenzen des Wachstums* auf verteilungspolitische Aspekte des herkömmlichen Fortschritts und damit implizit auch der ökologischen Wende hingewiesen. Sein Argument: Bei dem wachsenden Anteil von Positionsgütern am Konsum wird die Mehrheit der Konsumenten bei dem Versuch, die Konsumpositionen einzuholen, immer öfter um die erhofften Gratifikationen betrogen, weil diese eben gerade davon abhängen, dass sie in gewisser Weise *exklusiv* sind. Man kann sich dies an einigen eingängigen Beispielen verdeutlichen: Wenn schließlich auch Normalverdiener sich ein Häuschen im Grünen leisten können, wohnen sie nicht mehr in der Nähe des städtischen Kulturzentrums mit Blick auf die Rehwiese, sondern in einer endlosen Agglomeration; wenn Arbeiter und Angestellte sich einen eigenen Wagen leisten können, wird das Fahrzeug immer öfter zum Stehzeug, weil in der morgendlichen und abendlichen Rush Hour sowie zu Beginn und am Ende der Ferien die Straßen meistens verstopft sind. Der lakonische Kommentar von Fred Hirsch: »Wenn alle sich auf die Zehenspitzen stellen, sieht keiner besser.«

In der Tat beruht ein erheblicher Teil des modernen Konsums auf einer Statuskonkurrenz, bei der die große Mehrheit der Menschen nichts zu gewinnen hat. Darum ist das gerade unter Sozialdemokraten oft gehörte Argument, das wirtschaftliche Wachstum müsse unter allen Umständen weitergehen, damit die »kleinen Leute« sich auch einmal gönnen könnten, was heute nur den Reichen zugute komme, auf fatale Weise falsch. Die große Mehrheit

kann ihre Lebenssituation in der vermeintlichen Aufholjagd des Statuskonsums gar nicht verbessern; sie kann nur gewinnen, wenn sie in gemeinsamer – politischer! – Anstrengung ihre Lebens- und Arbeitswelt nach ihren Bedürfnissen gestaltet.

Heute geht es – vordringlich in den hochentwickelten Industriegesellschaften – darum, die zerstörerische Dynamik des Marktradikalismus zu bändigen und die Voraussetzungen für ein Leben in nachhaltigem Wohlstand, Frieden und gleicher Freiheit zu schaffen. Das kann nur gelingen, wenn der Primat der Politik gegenüber der (Finanz-)Wirtschaft durchgesetzt wird, eine Forderung, die auf der Linken seit langem erhoben wird, gegen die sich aber FDP und Union bis heute sträuben.

Umweltschutz durch Umverteilung

Zugleich erweist es sich als unerlässlich, die psychologischen Wachstumswänge durch eine Politik größerer Gleichheit abzubauen, wie dies Richard Wilkinson und Kate Pickett in ihrem Buch *Gleichheit ist Glück: Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind* mit guten Gründen empfehlen. Ein größeres Maß an primärer Gleichheit ist sowohl unter sozialem wie unter ökologischem Gesichtspunkt das Gebot der Stunde. Mindestlöhne, gleicher Lohn für Frauen und Männer, für Leiharbeiter und Kernbelegschaften, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes – das sind Forderungen, die auch unter ökologischem Gesichtspunkt aktuell sind. Und sie sind Forderungen, die Sozialdemokraten und Gewerkschafter gleichermaßen erheben und die sie gegen das konservative Lager durchsetzen müssen.

Fortschritt ist soziale und wirtschaftliche Verantwortung gemeinsam zu denken.
#dasistsozi

Erst recht plausibel wird die Verbindung der ökologischen mit der sozialen Frage, wenn wir die globale Dimension der Umbauaufgabe in den Blick nehmen.

Die Klimakatastrophe lässt sich ohne beträchtliche Umverteilung zugunsten der benachteiligten Regionen der Welt nicht mehr verhindern. Die nachholende Industrialisierung in den Schwellenländern China, Indien und Brasilien erhöht den Druck auf die westliche Welt enorm, ihre Wirtschafts- und Lebensweise und die Verteilungsrelationen zu verändern. Wenn in absehbarer Zeit neun Milliarden Menschen die Erde bevölkern, werden wir halbwegs zivilisiert und angstfrei nur dann leben können, wenn wir weltweit soziale Verantwortung übernehmen, d.h. vor allem: mit dem ökosozialen Umbau bei uns beginnen und mit mutigen Schritten in Deutschland und in Europa vorangehen.

Umverteilung von oben nach unten ist ein klassisch linkes Thema. Das gilt auch für die Umverteilung politischer und wirtschaftlicher Macht. Dass ein sozialökologischer Kurswechsel ohne eine wirksame demokratische Kontrolle des Finanzsektors nicht möglich ist, wird kaum jemand bezweifeln. Auch im Energiesektor sind die erforderliche Effizienzrevolution und die Wende zu regenerierbaren Energien nur gegen die geballte Macht der Stromkonzerne durchsetzbar. Der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie, dezentrale Versorgungsstrukturen, die Revitalisierung der Nahbereiche, die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Elemente direkter Demokratie – all diese Forderungen sind eng mit der ökologischen Frage verknüpft – und in der europäischen Tradition eher auf der Linken angesiedelt.

Schließlich erweist sich der sozialökologische Umbau auch als ein wesentliches Moment einer nachhaltigen Friedenspoli-

tik. Nur durch eine radikale Erhöhung der Energie- und Stoffeffizienz und den Aufbau einer ökologischen Kreislaufwirtschaft kann eine sich heute bedrohlich abzeichnende Ära ruinöser Ressourcenkriege verhindert werden. Wie Willy Brandt und Egon Bahr einst mit ihrer Ost- und Entspannungspolitik die Welt des 20. Jahrhunderts vor einer möglichen kriegerischen Katastrophe bewahrten, so wäre heute unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts eine neue friedenspolitische Anstrengung nötig, die energische Schritte zur Lösung der ökologischen Frage zur Voraussetzung hat.

Fortschritt ist Europa
#dasistsozi

Für die Sozialdemokratie ergibt sich beim Thema ökosozialer Umbau eine große, vielleicht ihre letzte große Chance. Wenn sie begreift, dass das heute alles beherrschende Thema der Ökologie im Kern ein *linkes* und damit *ihr* Thema ist, kann sie noch einmal zur politisch gestaltenden Kraft werden – in der Bundesrepublik, in Europa, vielleicht sogar darüber hinaus. Die Wahlerfolge bei den Landtagswahlen dieses Jahres sollten die Sozialdemokraten

ermuntern, beim sozialökologischen Umbau voranzugehen. Bleibt es aber bei Halbheiten, gelingt es der Sozialdemokratie nicht, ihre traditionelle Orientierung an der gleichen Freiheit aller konzeptionell mit den ökologischen Fragen zu verbinden, wird sie auf längere Sicht wohl allenfalls noch als Partner in einer schwarz-roten oder grün-roten Koalition eine Weile die bescheidene Rolle der Mehrheitsbeschafferin spielen können. ■

Daniela Kolbe

Was ist Fortschritt?

Wohlstand jenseits der Wachstumsfrage

Die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« soll den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt ausloten. Unsere Autorin, Vorsitzende der Kommission, zieht eine Zwischenbilanz.

Daniela Kolbe

(* 1980) MdB, ist Vorsitzende der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages.

daniela.kolbe@bundestag.de



© ANKE JACOB/DBT

Die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestags tagt seit Anfang des Jahres 2011. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn sie berührt ein Thema von hoher politischer Brisanz, das die Bundesregierung gern klein halten möchte. Die Kommission soll die gesell-

schaftliche Debatte über Bedingungen und Formen eines neuen gesellschaftlichen Fortschritts in den parlamentarischen Raum übersetzen. Neben ökonomischen spielen dabei auch soziale und ökologische Fragen eine wichtige Rolle. Die schlichte Frage »Wachstum, ja oder nein?« flammt in den Debatten ebenso auf wie eher differenzierte Konzepte über Wachstumsformen, Wachstumsgrenzen und Wachstumswänge. Bei näherer Betrachtung trifft die binäre Frage nach der Wünschbarkeit wirtschaftlichen Wachstums nicht das entscheidende Problem. Die Konzentration auf die Wachstumsdebatte verstellt den Blick für die wirklich zentrale Frage, nämlich unter *welchen Umständen welches Wachstum* zu

Fortschritt in der SPD muss zunächst mehr innerparteiliche Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten bedeuten. Zugänge schaffen! **#dasistsozi**